



6. Jahrgang • Nr. 38

Juli 2007

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Martin Dörmann zu Mindestlöhnen, Telekom und Postbereich

- 12 SPD-Positionen zum Klimaschutz
- 15 Unternehmenssteuerreform verabschiedet – Gewerbesteuer für Gemeinden stabilisiert

WAHLKREIS

- 3 Peer Steinbrück besuchte Veedel e.V. in Ostheim – Bundesregierung plant stärkere steuerliche Förderung des Ehrenamtes
- 3 Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk
- 4 Projekt Barrierefreiheit der Innenstadt-SPD
- 4 „Bälle für Bücher“ – Fortuna Köln unterstützte bessere Bildungschancen für Kalker Pänz
- 5 Besuchergruppe in Berlin

SPD-PROGRAMMDEBATTE

- 17 Ergebnisse der Mitgliederbefragung
- 17 Weiterer Fahrplan der Programmdebatte

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 18 Vorgestellt: Hubertus Heil

KÖLN

- 5 300 Gäste bei MdB-Veranstaltung zum Klimaschutz mit Hermann Scheer (Bericht)
- 6 MdB-Veranstaltung zur Patientenverfügung mit René Röspel, MdB am 25. September
- 6 Hintergrund: Geplante Gesetzesänderungen bei der Patientenverfügung

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Sitzungswochen 2007, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Impressum

BUNDESTAG

- 7 Diskussionsveranstaltung in Berlin zur Deutschen Raumfahrt mit Thomas Reiter
- 8 Bundestagsrede von Martin Dörmann zur Kulturwirtschaft
- 9 Bundestagsrede von Martin Dörmann zur Situation der Deutschen Telekom
- 10 SPD will faire Arbeitsbedingungen im Postbereich
- 11 Vereinbarungen der Großen Koalition zu Mindestlohn und Pflegeversicherung



Diskussion zur Deutschen Raumfahrt

Grosse Resonanz fand eine hochkarätig besetzte Diskussionsveranstaltung zum Thema „Deutsche Raumfahrt“ in Berlin, an der u.a. Verkehrsminister **Wolfgang Tiefensee** und Astronaut **Thomas Reiter** teilnahmen. **Martin Dörmann**, zuständiger SPD-Berichtersteller im Bundestag, moderierte (Bericht auf Seite 7)

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 20.6.2007

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Faire Löhne sind eine Frage der Gerechtigkeit

Anmerkungen zu Mindestlöhnen, Telekom und Postbereich

Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD will in Deutschland **existenzsichernde Löhne** durchsetzen. Lohndumping muss wirksam bekämpft werden. Deshalb fordern wir **gesetzliche Mindestlöhne**. Die Verabredungen beim **Koalitionssausschuss** vom 18./19. Juni bringen uns diesem Ziel spürbar näher und tragen eine sozialdemokratische Handschrift. Zu den Themen **Mindestlohn** und **Reform der Pflegeversicherung** wurden wichtige Schritte in die richtige Richtung erreicht, von denen viele Menschen profitieren werden (siehe Seite 11). Weitergehende Festlegungen waren mit der Union leider nicht zu treffen. Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf eine Vielzahl von Branchen führt jedoch dort zu einem Mindestlohn. Das wird es der Union auf Dauer immer schwerer machen, in anderen Branchen Mindestlöhne abzulehnen.

Als für den Bereich **Telekommunikation** zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion habe ich in den vergangenen Wochen eine Vielzahl von Gesprächen zum **Streik bei der Telekom** führen können, sei es mit Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären oder Vorstandsvertretern. Ich habe dabei feststellen müssen, wie sehr die bisherige Konsens-Tradition im Unternehmen in Gefahr geraten ist und wie stark sich die Belegschaft unter Druck sieht.

Vor kurzem hat der Parteitag der KölnSPD einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der wir uns mit den Streikenden bei der Telekom solidarisch erklären. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat deutlich gemacht, dass wir an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen.

Die Politik hat die **Tarifautonomie** der Tarifvertragsparteien zu achten. Ein Stück weit Zurückhaltung ist also angebracht. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens und der großen Zahl der betroffenen Beschäftigten kann es uns Sozialdemokraten aber nicht kalt lassen, was bei der Telekom passiert.

Es ist einerseits nachvollziehbar, dass der Unternehmensvorstand die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig verbessern will, um eine langfristige Perspektive, auch für Beschäftigung, aufzubauen. Schließlich steht die Telekom in einem harten **Preiswettbewerb** und hat alleine im Jahre 2006 rund 2 Millionen Festnetzkunden verloren. Allerdings waren die zunächst vom Vorstand angepeilten Einschnitte, u.a. verbunden mit radikalen Lohneinbußen, völlig überzogen. Allzu leicht-

fertig hat er einen konfrontativen Kurs eingeschlagen, der die Belegschaft vor den Kopf gestoßen hat. Auf Dauer wird das Unternehmen jedoch nur mit den Beschäftigten und nicht gegen sie erfolgreich sein können.

Dazu gehören **faire Löhne**, die einen Vertrauensschutz für bereits Beschäftigte berücksichtigen und auch für Neueinstellungen eine gute Perspektive bieten. Es darf keinen Lohnwettkampf nach unten geben. Hinzukommen muss eine Beschäftigungssicherung im Konzern. Wir wollen die Telekom als integrierten Konzern erhalten wissen.

Klar ist, dass gleichzeitig die **Wettbewerbsfähigkeit** des Unternehmens gestärkt werden muss. Hier ist insbesondere das **Management** gefordert, durch tragfähige **Konzepte** die Voraussetzungen für attraktive Produktangebote, einen verbesserten Service und reibungslose IT-Prozesse zu schaffen. Auch an Kostensenkungen wird man nicht vorbeikommen, darf aber die Belegschaft dabei nicht überfordern.

Unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe hatten Vorstand und ver.di nach tagelangen Beratungen gerade ein **Verhandlungsergebnis** verkünden können, das allerdings noch in einer Urabstimmung bestätigt werden muss. Es ist zu hoffen, dass die Telekom damit wieder in ruhigeres Fahrwasser gelangt.

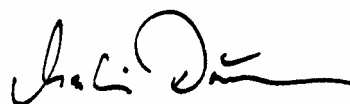
Für die Zukunft des Unternehmens und seine Beschäftigungsmöglichkeiten, aber auch für die Frage der Arbeitsverhältnisse insgesamt, wird viel davon abhängen, ob die **Regulierungspraxis** der Bundesnetzagentur faire Wettbewerbsbedingungen schafft, ohne dabei das

Niveau der Löhne kontinuierlich immer weiter nach unten zu drücken.

Ähnliches gilt für den **Postbereich**. Die SPD setzt sich dort dafür ein, das verbliebene Briefmonopol für Standardbriefe um ein Jahr zu verlängern und die gesetzlichen Möglichkeiten der Regulierungsbehörde, gegen Lohndumping vorzugehen, auszuschöpfen.

Herzlichst

Ihr




Peer Steinbrück besuchte den „Veedel e.V.“ in Ostheim

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes und Martin Dörmann begleiteten den Finanzminister - Bundesregierung plant stärkere steuerliche Förderung des Ehrenamtes

Über 23 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich in mehr als 600.000 Vereinen und Organisationen.

Diese Arbeit mit all ihren Facetten und Gesichtern spielt eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft. Sie stärkt den Zusammenhalt, überwindet soziale Schranken, verbindet und integriert.

Peer Steinbrück zu Gast in Köln

Bereits als NRW-Ministerpräsident hat **Peer Steinbrück** regelmäßig "Ehrenamtstouren" durchgeführt, um sich vor Ort bei Initiativen und Institutionen ein konkretes Bild zu machen und seine politische Unterstützung für das Ehrenamt auszudrücken. Auch als Bundesfinanzminister will er diese Tradition fortsetzen.

Mit dieser Zielsetzung nahm er Ende Mai in Köln gleich zwei Termine wahr. Zunächst besuchte er den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), dessen Bundesverband seinen Sitz in der Domstadt hat. Dort informierte er sich über die vielfältigen Formen freiwilligen Engagements und enthüllte ein Großplakat des ASB, mit dem dieser in einer großen Kampagne Menschen für ehrenamtliche Arbeit gewinnen will.



Anschließend besuchte Peer Steinbrück zusammen mit Bürgermeisterin **Elfi-Scho-Antwerpes** und **Martin Dörmann** den Veedel e.V. in der Gernsheimer Strasse in Ostheim.

Der Veedel e.V. organisiert beispielhafte Gemeinwesenarbeit in zwei Stadtteilbüros, zwei Cafés, einer Kleiderbörse und einem Jugendzentrum in den Kölner Stadtteilen Ostheim und Höhenberg: Mit „Hilfe zur Selbsthilfe“ setzt sich der Verein für eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Menschen in Ostheim ein.

440 Millionen Euro Steuerentlastung geplant

Unter Federführung von Peer Steinbrück will die Große Koalition das bürgerschaftliche Engagement stärken, insbesondere durch eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause soll der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf vom Bundestag verabschiedet werden. Das Programm hat ein Volumen von rund 400 Millionen Euro und soll rückwirkend zum 1. Januar 2007 in

Kraft treten.

Die wichtigsten Maßnahmen des Gesetzentwurfs

- Für bestimmte freiwillige, unentgeltliche ehrenamtliche Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich (Förderung mildtätiger Zwecke) ist vorgesehen, jährlich 300 Euro von der Steuer absetzen zu können.
- Der so genannte Übungsleiterfreibetrag soll von 1.848 Euro auf 2.100 Euro erhöht werden.
- Der Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Kulturfördervereine soll auch bei Gegenleistungen (zum Beispiel Freikarten) möglich werden.
- Förderungswürdige Zwecke im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Spendenrecht sollen vereinfacht werden.
- Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften sowie die Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen soll auf jeweils 35.000 Euro Einnahmen im Jahr angehoben werden. Das bedeutet, dass erst ab 35.000 Euro Einnahmen im Jahr Körperschaft- und Gewerbesteuer gezahlt werden müssen.
- Die Umsatzgrenze für den pauschalen Vorsteuerabzug wird entsprechend angepasst. Die Höchstgrenze für den Sonderausgabenabzug von Spenden soll vereinheitlicht werden und auf 20 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte für alle förderungswürdige Zwecke angehoben werden.

Steuerliche Förderung ist nur ein Standbein zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Die SPD steht für einen weiteren Ausbau der Freiwilligendienste, für die Reform des Vereinsrechts, für Entbürokratisierung, für den Ausbau der Bürgerbeteiligung sowie für die Unterstützung von nötigen Infrastrukturen der Engagementförderung.

Frühjahresempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk

Auch beim diesjährigen Frühjahresempfang der SPD im Stadtbezirk Kalk im Mai standen wieder die Gespräche der zahlreichen Gäste mit den Mandatsträgern vor Ort im Mittelpunkt. Stadtbezirksvorsitzende **Susana dos Santos Herrmann** konnte u.a. **Stephan Gatter**, MdL und **Martin Dörmann**, MdB begrüßen.

Als Gastrednerin erläuterte **Dr. Agnes Klein** (SPD) die Jugend- und Sportpolitik der Stadt Köln. Sie ist seit November 2006 Beigeordnete der Stadt Köln und leitet das Dezernat Bildung, Jugend und Sport.



SPD-Stadtbezirk führt am 23. Juni eine öffentliche Begehung durch

Das vor gut einem Jahr gestartete Projekt „Barrierefreie Innenstadt“ des SPD-Stadtbezirks Innenstadt verfolgt das Ziel, mehr Aufmerksamkeit auf die Problematik existierender Barrieren auf den Straßen und Plätzen der Kölner Innenstadt zu lenken. Mit dem Projekt soll Aufklärungsarbeit geleistet und auf die Funktionsträger/innen in der Bezirksvertretung und im Rat der Stadt Köln eingewirkt werden, um Barrieren zu beseitigen. Hierzu gehören zum einem nicht abgesenkte Bordsteine, zu enge Fuß- und Radwege als auch schlecht oder falsch platzierte Straßenschilder. Diese Barrieren stellen oft für behinderte Menschen oder auch für Fahrradfahrer und Eltern mit Kinderwägen ein unüberwindbares Hindernis dar. Im „Leitbild 2020“ der Stadt Köln sind wichtige Umsetzungsziele beschrieben, die der Stadtbezirk Innenstadt im Rahmen seines Projektes und darüber hinaus fördern möchte.

Der Vorstand des SPD-Stadtbezirks und die Projektgruppe „Barrierefreie Innenstadt“, die von **Florian Merz** und **Tim Cremer** koordiniert wird, haben im Rahmen des laufenden Projekts Rundgänge in den einzelnen SPD-Ortsvereinen unternommen und deren Ergebnisse dokumentiert. Ergänzend wird nun am **Samstag, dem 23. Juni 2007 ab 14 Uhr** ein **öffentlicher Rundgang in der Innenstadt** durchgeführt, an dem auch **Martin Dörmann** teilnimmt.

Außerdem möchte die Projektgruppe am 30. Juni 2007 die Stadt Bremen besuchen, die in der Frage der Barrierefreiheit als eine Vorzeigekommune gilt. Hier wollen sich die Teilnehmer die Umsetzung von barrierefreier Stadtgestaltung am konkreten Beispiel ansehen. Weitere Interessentinnen/en sind eingeladen, an der **Fahrt nach Bremen am 30. Juni 2006** teilzunehmen. (Kontakt: Tim Cremer Email: nc-cremert2@netcologne.de, Tel: 0221/94646499)

Neueröffnung der Schulbücherei an der Kalker Grundschule Kapitelstraße

Bälle für Bücher - Fortuna Köln kickte für bessere Bildungschancen der Kalker Pänz

Die Bildungschancen von Kinder zu verbessern, ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Ein zentrales Problem in diesem Zusammenhang stellt die mangelhafte Sprachkompetenz vieler Kinder dar. Betroffen sind vor allem Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch Kinder aus sozial schwachen Familien.

Eine Möglichkeit, Kinder in ihrer Sprachkompetenz zu fördern, ist die Beschäftigung mit Büchern. Wenn es gelingt, bei den Kindern Freude am Lesen zu wecken und zu erhalten, kann die Entwicklung des Sprachvermögens und damit der schulischen Leistungen deutlich verbessert werden. Aufgrund der sozialen Situation im Elternhaus kennen jedoch viele Kinder Bücher nur aus der Schule. Engagierte Lehrer/innen und Eltern der Katholischen Ganztags-Grundschule (KGS) Kapitelstraße in Kalk haben daher eine nachahmenswerte Initiative gestartet. Unterstützt vom Förderverein der Schule haben sie an der KGS die ehemalige Schulbücherei umgestaltet und wiederbelebt. Der alte Bücherbestand wurde katalogisiert und zahlreiche neue Bücher angeschafft.

Mit einem Lesefest an der Grundschule wurde am 4. Mai 2007 die Umgestaltung der Schülerbücherei mit „Bilderbuchkino“, Lesungen und einem Lesewettbewerb gefeiert. Die Ehrung der Siegerinnen und Sieger des Lesewettbewerbs nahm **Martin Dörmann** vor. Seit der Wiedereröffnung wird die Bücherei zum Unterricht von ganzen Schulklassen genutzt. Zwölf engagierte Mütter übernehmen auf die Woche verteilt die Ausleihe, so dass die Schulkinder die Bücherei auch in ihren Freistunden nutzen können.

Der Etat der Schule enthält für Umbau, Betrieb und die Aufstockung des Buchbestands der Schulbücherei keinerlei Mittel. So entstand die Idee einer Benefizveranstaltung zugunsten der Schulbücherei. Am Samstag, dem 2. Juni 2007, fand auf dem Gelände des örtlichen Fußballvereins SC Borussia Kalk das Benefiz-Fußballturnier statt. Dank

der zahlreichen Spenden aus der örtlichen Geschäftswelt und der Elternschaft wurden im Rahmen der Veranstaltung über 600 Euro erzielt. Nach einem sportlichen Vergleich zwischen der F-Jugend der Borussia und einer Mannschaft der jüngsten Schüler, den die Borussen knapp mit 5:3 gewannen, fand als Höhepunkt ein Benefiz-Fußballspiel zwischen einer Auswahl von Lehrern und Eltern der KGS und der ersten Mannschaft des Kölner Traditionsvereins SC Fortuna Köln statt. Zu dieser gut besuchten Veranstaltung konnten die Organisatorinnen **Claudia Rosenbaum**, **Christina Tachlinski** und Referendarin **Stephanie Theile**, auf deren Initiative hin die Schulbücherei wiederbelebt wurde, prominente Gäste begrüßen. Neben Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** und **Martin Dörmann** sowie Mitgliedern aus dem Rat, der Bezirksvertretung und der Verwaltung erschien auch der türkische Generalkonsul **Mustafa Asim Temizgil**, der eine große Tasche mit zweisprachigen Büchern für die Bibliothek mitbrachte. Die drei Ehrengäste lobten das große Engagement der Eltern und begrüßten die Einrichtung der Schulbücherei.

Den Kalkern gelang bereits zwei Minuten nach Spielbeginn der Führungstreffer. Die mit zahlreichen Stammspielern angetretene Fortuna schaffte bis zur Halbzeit lediglich den Ausgleich. Im zweiten Spielabschnitt setzte sich dann die größere Kondition und Erfahrung der Verbandsligaspieler durch, die am Ende mit 8:2 gewannen. Nach dem Schlusspfiff nahm Martin Dörmann die Siegerehrung vor („Heute gibt es nur Gewinner“). Neben den Initiatorinnen dankte er auch der Vorsitzenden von Borussia Kalk, **Hannelore Homburg**, und der Fortuna, dass sie sich spontan in den Dienst der guten Sache gestellt hatten. Zum Abschied kündigte die Fortuna-Delegation um den Vorsitzenden Klaus Ulonska, Vize **Dr. Emanuel Merkle** und Trainer **Ralf Aussem** an, man werde im nächsten Jahr gerne wieder kommen.

→ **Spendenkonto für die Schulbücherei:** Förderkreis der KGS Kapitelstraße e. V.
Konto-Nr.: 625 21 26; BLZ.: 370 50 198; Sparkasse KölnBonn



Auf Einladung von Martin **Martin Dörmann** nahmen vom 22. bis 25. Mai wieder 50 politikinteressierte Bürgerinnen und Bürger aus seinem Kölner Wahlkreis an einer Informationsfahrt nach Berlin teil. Organisiert wurde die Reise vom Bundespresseamt. Auf dem Programm standen neben einer Diskussion mit dem Abgeordneten zahlreiche Besuchstermine bei politischen Institutionen.

KÖLN

MdB-Veranstaltung zum Klimaschutz

300 Gäste kamen zur Vorführung des Oscar-prämierten Films von Al Gore „Eine unbequeme Wahrheit“ und der anschließenden Diskussion mit Hermann Scheer

Welch großen Stellenwert der Klimawandel inzwischen hat, zeigte sich auch an diesem Abend: Auf Einladung der vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten kamen am 31. Mai rund 300 Gäste in die Cinemathek im Museum Ludwig, um sich über die Folgen der Klimaerwärmung zu informieren und über Lösungsstrategien zu diskutieren.

Nach einer Begrüßung durch **Karl Lauterbach** wurde zunächst **Al Gores** Film „Eine unbequeme Wahrheit“ gezeigt. Der Dokumentarfilm von Davis Guggenheim mit dem ehemaligen US-Vizepräsidenten und Präsidentschaftskandidaten Al Gore über die globale Erwärmung wurde in diesem Jahr als bester Dokumentarfilm und für den besten Filmsong mit zwei Oscars ausgezeichnet. Der Film zeigt Mitschnitte einer von Gore in vielen Städten gehaltenen Präsentation, in der er die wissenschaftlichen und politischen Aspekte der globalen Erwärmung erklärt. Wissenschaftler und Klimatologen haben bestätigt, dass Al Gore den Stand der Klimaforschung im Film insgesamt richtig darstellt.

Im Anschluss an die Filmvorführung diskutierte der SPD-Bundestagsabgeordnete **Hermann Scheer** mit **Martin Dörmann** und dem Publikum über die Frage, wie der Klimawandel durch ein Umsteuern bei der Energiepolitik gestoppt werden kann. In seinem Eingangsstatement betonte er, internationale Vereinbarungen dürften nicht dazu führen, Minimalziele als Maximalziele festzulegen. Man müsse bei der Reduzierung der Treibhausgase schneller voranschreiten als bislang geplant. Bereits heute könnten das die Erneuerbaren Energien leisten, wenn dies politisch entsprechend umgesetzt würde.

Hermann Scheer ist seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages und Träger des Alternativen Nobelpreises. Der Präsident der europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energie EUROSOLAR und Vorsitzende des Weltrats für Erneuerbare Energie gilt als „Solar-Papst“, der seit Jahren eindringlich vor den Folgen des Klimawandels warnt.



Martin Dörmann moderierte die anschließende Diskussion mit Hermann Scheer und wies dabei auf die Klimapolitik der SPD-Bundestagsfraktion hin.

→ **Das Eckpunktepapier der SPD-Bundestagsfraktion zum Klimaschutz findet sich auf Seite 12**

„Selbstbestimmungsrecht stärken – Patientenwohl schützen“

Vortrag und Diskussion mit:

René Röspel, MdB

Dienstag, 25. September 2007, 19:30 Uhr

AOK Rheinland/Hamburg
Regionaldirektion Köln
Clarimedis Haus, Veranstaltungsraum 1. Etage
Domstraße 49-53, 50668 Köln (Innenstadt)



**René Röspel, MdB ist seit 2000
Mitglied der Enquete-
Kommission „Ethik und Recht
der modernen Medizin“**

Hintergrund: Geplante Gesetzesänderungen bei der Patientenverfügung

Was passiert mit mir, wenn ich nicht mehr selbst darüber bestimmen kann, ob ich medizinisch behandelt werden möchte oder nicht? Viele Bürgerinnen und Bürger interessieren sich angesichts dieser Überlegung für die Möglichkeit, mittels einer Patientenverfügung konkrete Festlegungen hinsichtlich bestimmter medizinischer Behandlungen zu treffen für den Fall, dass sie ihre Einwilligungsfähigkeit verlieren. In einer solchen Verfügung kann man vorab Festlegungen treffen, welche Behandlungen man wünscht und welche Therapien abgelehnt werden (etwa künstliche Ernährung). Schon heute sind Patientenverfügungen rechtlich anerkannt. Grundsätzlich gilt, dass sich Arzt, Bevollmächtigter bzw. Betreuer an den Inhalt der Patientenverfügung halten müssen. Bis heute fehlt es aber an einer gesetzlichen Regelung. Daher diskutiert der Bundestag seit Monaten über eine gesetzliche Grundlage für Patientenverfügungen. Ziel aller derzeit diskutierten Entwürfe ist die Verbesserung der Möglichkeiten von Patienten, ihr Selbstbestimmungsrecht mittels einer Patientenverfügung durchzusetzen.

Entsprechend guter parlamentarischer Tradition wird die Entscheidung über die gesetzliche Regelung von Patientenverfügungen ohne Fraktionsdisziplin erfolgen. Es gibt somit keine einheitliche Meinung der SPD oder einer der anderen Parteien. Jede und jeder Abgeordnete ist in dieser Frage nur seinem Gewissen unterworfen. Am 29. März 2007 hat der Bundestag in einer Grundsatzdebatte über die möglichen gesetzlichen Regelungen zur Patientenverfügung diskutiert. Die grundsätzliche Frage lautet, ob eine vorab schriftlich fixierte Willensäußerung mit der aktuellen Einwilligung (oder Ablehnung) eines Patienten in eine medizinische Maßnahme gleichgesetzt werden kann. Derzeit liegt ein gemeinsamer Gesetzentwurf der Abgeordneten Röspel, Bosbach, Winkler und Fricke vor, nach

dem die Beendigung lebenserhaltender Maßnahmen basierend auf einer Patientenverfügung nur dann zulässig sein soll, wenn ein tödliches Grundleiden vorliegt oder der Patient unumkehrbar das Bewusstsein verloren hat (Beispiel: dauerhaftes Wachkoma). Festlegungen in einer Patientenverfügung, die nicht zum Tode des Patienten führen, bleiben von dieser Beschränkung unberührt und sind umzusetzen.

Eine Gruppe von Abgeordneten um den Abgeordneten Stünker plädiert hingegen für eine möglichst weit reichende rechtliche Verbindlichkeit von Patientenverfügungen unabhängig von Art und Stadium der Erkrankung. Dies bedeutet, dass ein Patient auch dann medizinische Maßnahmen ablehnen können soll, wenn kein tödliches Grundleiden vorliegt. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird derzeit beraten und soll noch vor der Sommerpause vorgestellt werden. Eine dritte Gruppe von Abgeordneten vertritt die Auffassung, dass die aktuelle Rechtslage ausreichend für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Patientenverfügungen sei. Diese Position wird unter anderem von der Bundesärztekammer geteilt. Derzeit ist allerdings noch nicht absehbar, ob und in welcher Form diese Position in Form eines Antrags oder Gesetzentwurfs in den weiteren Beratungen zur gesetzlichen Regelung der Patientenverfügung diskutiert werden wird.

Nach aktuellem Stand der Planungen sollen die Gesetzentwürfe nach der Sommerpause offiziell in die parlamentarischen Beratungen eingebracht werden. Derzeit ist noch nicht absehbar, welcher der Entwürfe eine Mehrheit der Abgeordneten überzeugen kann. Angesichts der Komplexität und der Grundsätzlichkeit des Themas (etwa in Abgrenzung zur Sterbehilfe) ist zu erwarten, dass die Beratungen einige Zeit in Anspruch nehmen werden.

Berliner Veranstaltung zur Deutschen Raumfahrt fand großen Zuspruch

Martin Dörmann diskutierte mit Astronaut Thomas Reiter und anderen Experten

Auf Einladung der Zeitschrift „Berliner Republik“, deren Mitherausgeber **Martin Dörmann** ist, diskutierten am 21. Mai in Berlin Experten über das Thema „Astronauten & Satelliten – Trends und Entwicklungen in der deutschen Raumfahrt“. Über 100 Gäste aus Fachkreisen zeigten sich anschließend von der Veranstaltung begeistert, da sie positive Akzente für die Raumfahrt gesetzt habe.

Bundesverkehrsminister **Wolfgang Tiefensee** eröffnete die Veranstaltung und das erste Podium („Die wachsende Rolle der Raumfahrt für Erdbeobachtung und Navigation“) mit einem Appell: „Es gibt für mich keine Alternative. Deutschland und Europa müssen sich stärker um diesen Sektor kümmern.“ Neben dem Erd- und Raumbeobachtungssystem GMES, das insbesondere Daten zur Klimaveränderung erheben soll, lenkte der Minister den Blick auf das Satellitensystem „Galileo“.

Hierbei handelt es sich um ein Projekt der EU zum Aufbau und Betrieb eines auf 30 Satelliten gestützten europäischen Navigationssystems, das durch Beschluss des Europäischen Rates von Nizza im Jahr 2000 eingeleitet wurde. Galileo soll Europa vom amerikanischen GPS-System unabhängig machen und eine genaue Ortung ermöglichen. Geplant ist, bis 2012 die dafür notwendigen Satelliten betriebsbereit zu haben. Aufgrund beträchtlicher Verzögerungen in der Entwicklungsphase und des Scheiterns der Verhandlungen über Konzessionen mit dem Betreiberkonsortium wird es nun voraussichtlich zu Verschiebungen kommen.

Derzeit sei Galileo deshalb „keine Erfolgsgeschichte“, sagte Wolfgang Tiefensee in seiner Ansprache. Zusammen mit den europäischen Ministerkollegen und der EU-Kommission setzt er sich – nicht zuletzt im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft – dafür ein, dass „wir hier Fuß fassen“. Galileo könne Europa 150 000 Arbeitsplätze bringen. Um Galileo schnell in die Erfolgsspur zurückzuführen, wird die vollständige Finanzierung der Aufbauphase nun durch die öffentliche Hand vorgenommen. Dies haben die EU-Fachminister in einer Sitzung am 8. Juni in Luxemburg einstimmig beschlossen.

Das zweite Podium moderierte **Martin Dörmann**, der Berichterstatter für Luft- und Raumfahrt in der SPD-Bundestagsfraktion. Er begrüßte mit Astronaut **Thomas Reiter** einen viel gefragten Gast. Zum weiteren Teilnehmerkreis des Podiums gehörten **Edelgard Bulmahn**, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, **Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner**, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Köln-Porz, **Evert Dudok** vom Konzern EADS Astrium und der Journalist **Matthias Gründer** von der Fachzeitschrift Flug-Revue. Der frühere Luft- und Raumfahrtkoordinator der Bundesregierung,

Dr. Ditmar Staffelt, MdB führte in das Thema ein.

Bei dem Podium unter der Leitung von Martin Dörmann stand die deutsche Raumfahrt im Vordergrund. „Die Menschen werden ihr Herz für die Raumfahrt öffnen, wenn sie mehr über die vielen Möglichkeiten erfahren“, hob Ditmar Staffelt in seiner Einführung hervor: „Also: Es geht um das Überzeugen.“ Ein Auftrag, der auf dem Podium Anklang fand. Thomas Reiter berichtete anschaulich über seinen Weg bis zum deutschen Astronauten – „ein Kindheitstraum“, wie er den Zuhörern verriet. Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner vom DLR, der „Mister Weltraum“, wie Martin Dörmann den Gast vorstellte, arbeitete den vielseitigen Nutzen der Raumfahrt heraus. Als „Innovations-treiber“, „Wirtschaftsförderer“ und „für unsere Sicherheit“ übernehme diese Technologie wichtige Aufgaben, die man von der Raumfahrt nicht erwarten würde.

Die frühere Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn erinnerte an die Weltraumforschung als „ein wichtiges Instrument, um mehr über die Erde und den Weltraum zu erfahren“. Evert Dudok von EADS Astrium lobte, dass die Raumfahrt in den vergangenen Jahren von politischer Seite deutlichen Zuspruch bekommen habe und verwies auf die Investitionen in diesen Forschungsbereich: „Wir sind sehr glücklich mit der High-Tech-Strategie, in der die Raumfahrtspolitik verankert ist.“ Zur Stärkung der Investitionskraft stellt die Bundesregierung bis 2009 insgesamt rund 15 Milliarden Euro für Spitzentechnologien wie die Weltraumforschung zur Verfügung. Der Journalist Matthias Gründer mahnte daher, dass Raumfahrt vor allem dann stattfindet, „wenn wir sie uns leisten können“. Die Raumfahrt in Deutschland brauche politische Führung.



Mit der abschließenden Präsentation von Thomas Reiter zu seiner ISS-Mission mit interessanten Filmbeiträgen zu seiner Arbeit im Weltraum, spannenden Erlebnisberichten und schönen Bildern von der Erde klang die Informationsveranstaltung in passender Weise aus.

Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 26. April 2007 zum Thema: „Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken“

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch von mir zunächst ein herzlicher Glückwunsch an den Kollegen Börnsen, der hier und heute seinen Geburtstag mit uns feiern kann. Ich muss sagen: Für mich ist das ein kleiner Kulturschock. Ich komme nämlich gerade aus der Anhörung zum Thema Killerspiele.

(Heiterkeit)

Daher bin ich in dieser Runde natürlich bestens aufgehoben, um das ein bisschen zu konterkarieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Deutschland ist eine Kulturnation und wirtschaftlich stark. Aber erst in den letzten Jahren hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass unsere Kulturwirtschaft einen besonderen Stellenwert hat. Im Kultursektor sind mehr als 800 000 Menschen beschäftigt. Der Kultursektor hat 2004 etwa 36 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung in Deutschland beigetragen und einen Gesamtumsatz von 82 Milliarden Euro erzielt, jedenfalls dann, wenn man dem Abgrenzungsmodell des privat organisierten Arbeitskreises Kulturstatistik folgt.

Nach dieser Definition reicht die Kulturwirtschaft von den darstellenden und bildenden Künsten über die Literatur und Musik bis hin zur Filmwirtschaft und zum Verlagsgewerbe – um nur einige Branchen zu nennen. Allerdings gibt es – ich denke, das wurde auch in der heutigen Debatte deutlich gemacht – weder auf der nationalen noch auf der internationalen Ebene eine verbindliche Definition des Begriffes Kulturwirtschaft. Deshalb schwirren hier heute so viele Zahlen herum. Ich denke, auch insofern gibt es einigen Klärungsbedarf, den man befriedigen muss.

Die Große Koalition will mit ihrem Antrag die Bedeutung der Kulturwirtschaft als eigenständigem Wirtschaftsfaktor anerkennen und in ihrer Entwicklung unterstützen. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Kunst und Kultur in unserem Land gedeihen und zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können. In diesem Sinne müssen Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik für den Bereich der Kulturwirtschaft miteinander verbunden und verzahnt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Kultur und Wirtschaft sind keine Gegensätze, sondern oft zwei Seiten einer Medaille, wie wir das in dem Antrag in einem Satz ausgedrückt haben:

Mit Kultur lässt sich Geld verdienen, und mit Geld lässt sich Kultur machen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Satz stammt nicht von mir, aber ich denke, er ist wirklich glänzend.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Er ist perfekt geklaut!)

Gleichzeitig ist uns allerdings klar, dass Kultur auch unabhängig von ökonomischen Überlegungen ein wichtiges Gut und eine Voraussetzung für ein lebendiges Gemeinwesen ist. Wir wissen, dass manche Künstler und Kreative von ihrem Selbstverständnis her wirtschaftlichen Fragen sogar eher ein wenig reserviert und kritisch gegenüberstehen.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sie wissen, wovon Sie sprechen, Herr Kollege!)

Ich will hier aber noch einmal deutlich machen: Uns geht es in keiner Weise darum, die Freiheit der Kulturschaffenden in irgendeiner Weise durch Regularien einzuzengen, sondern ganz im Gegenteil: Wir wollen sie in ihrer Unabhängigkeit unterstützen; denn gerade im Bereich

der Kulturwirtschaft gibt es ja viele Freiberufler und kleine Unternehmen, deren wirtschaftliche Situation schwierig ist, sodass sie gar nicht dazu kommen, ihre Kreativität und ihre wirtschaftliche Dynamik zu entwickeln.

Wir wollen, dass gerade in diesem Bereich gezielter als bisher gefördert werden kann. Beispielsweise wollen wir bestehende Existenzgründerprogramme und Beratungsprogramme stärker auf die speziellen kulturwissen-

schaftlichen Anforderungen ausrichten. Gleiches gilt für die Mittelstandspolitik. Daneben wollen wir die Finanzierungsmöglichkeiten für kulturwirtschaftliche Unternehmen verbessern. Ich denke hier beispielsweise an die Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die ganz hervorragende Leistungen in vielen Bereichen vorzuweisen hat. In diesem künstlerischen Bereich ist sicherlich auch noch einiges möglich.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Das werden wir sorgfältig prüfen!)

Wir müssen aber auch immer an die Schattenseite der Wirtschaft und vielleicht auch schwierige wirtschaftliche Situationen denken. Viele Künstler bewegen sich in einem schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Umfeld und befinden sich in einer Situation, in der sie darauf angewiesen sind, Unterstützung zu erhalten. Es gibt beispielsweise Berufe – denken wir an die Schauspieler –, in denen es nur Engagements über mehrere Monate gibt, sodass man gar nicht auf ein volles Arbeitsjahr kommt. Daraus ergeben sich besondere soziale Probleme. Auch denen muss man gerecht werden. Das betrifft viele Be-



reiche der Sozialversicherungen. Deshalb bin ich ganz froh, dass kürzlich mit der Novellierung des Künstlersozialversicherungsgesetzes wenigstens in diesem Bereich ein gewisser Fortschritt erzielt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen aber nach wie vor beispielsweise auch die Alterssicherung der Selbstständigen sehr im Auge behalten. Sie wissen: Im Bereich der Kulturwirtschaft gibt es besonders viele Selbstständige, nämlich etwa 25 Prozent. Im Gegensatz dazu sind es in der Privatwirtschaft nur zehn Prozent. Das zeigt schon einmal, dass hierauf ein besonderer Fokus unserer Sozialpolitik liegen muss.

Wir wissen, dass die Kulturpolitik und die Förderung der Kulturwirtschaft in erster Linie Sache der Länder und Kommunen sind. Gerade im Bereich der Kulturwirtschaft gibt es jedoch eben auch eine Vielzahl von Verzahnungen mit dem Bundesrecht. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass auch der Bund seiner politischen Verantwortung an dieser Stelle gerecht wird. Eine wirksame Politik für die Kulturwirtschaft muss vom Bund und den Ländern gemeinsam getragen werden. Vor diesem Hintergrund wollen wir, dass es einen regelmäßigen bundeseinheitlichen Kulturwirtschaftsbericht gibt, der aber in Abstimmung mit den Ländern herzustellen ist.

(Wolfgang Börnßen (Bönstrup) (CDU/CSU): Das ist ver-

nünftig!)

In der Debatte ist erwähnt worden, dass wir Europa stärker in unseren Fokus nehmen müssen. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür - ich will das für unsere Fraktion noch einmal ausdrücklich erwähnen -, dass es im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft gelungen ist, diesen Fokus auch im Bereich der Europäischen Union herzustellen. Dort will man einen Aktionsplan erarbeiten. Ich glaube, wir haben in der heutigen Debatte deutlich gemacht, dass wir an der einen oder anderen Stelle in Europa sogar Vorreiter sind. Ich hoffe, dass dies auf diese Ebene weitergetragen werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr gut!)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Große Koalition will die Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken, die wirtschaftliche und soziale Situation der Kulturschaffenden verbessern und die wichtige Rolle der Kultur für unser Gemeinwesen unterstreichen. Hierfür und für unseren Antrag bitte ich um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr gute Rede!)

→ Die Reden von Martin Dörmann können über seine Homepage www.martin-doermann.de abgerufen werden

Bundestagsrede von Martin Dörmann zur Deutschen Telekom

Aktuelle Stunde des Deutschen Bundestages am 23. Mai zum Thema: „Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung bei der Deutschen Telekom“

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Deutsche Telekom AG ist mit rund 160 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 32,5 Milliarden Euro im Inland einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Zum Vergleich: Alle Wettbewerber der Telekom zusammen beschäftigen insgesamt nur rund 56 000 Menschen, und das bei einem inzwischen sogar höheren Gesamtumsatz von 35,2 Milliarden Euro im Jahr 2006. Die beschäftigungspolitische Bedeutung der Telekom ist also kaum zu unterschätzen.

Zugleich verdeutlichen diese Zahlen, in welcher schwieriger Lage sich die Telekom in einem Wettbewerb befindet, der von einem harten Preiswettkampf geprägt ist. Wir wissen das. Die Kosten für ein Telefongespräch im Festnetz sind zum Teil um 96 Prozent gefallen. Allein im Jahr 2006 hat die Telekom 2 Millionen Kunden in diesem Bereich verloren.

Die Politik kann und darf es also nicht kalt lassen, welche Entwicklung das Unternehmen nimmt - einerseits weil es um viele betroffene Menschen geht, andererseits weil die Telekom weiterhin der wichtigste Motor für Innovation und Investition im Telekommunikationsbereich ist. Wir wollen deshalb eine starke Telekom, übrigens auch als Global Player. Deshalb ist es in der Tat wichtig, dass die Regulierungspolitik - ich sage: auch die Regulierungspraxis - so ausgestaltet wird, dass faire Wettbewerbsbedin-

gungen herrschen und Investitionen der Telekom gefördert und nicht behindert werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist bereits angesprochen worden, dass der Bund zusammen mit der KfW derzeit 31,7 Prozent der Aktien hält und damit immer noch größter Anteilseigner bei der Telekom ist. Diese Tatsache hat sicherlich in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass der notwendige Personalumbau bei der Telekom in den letzten Jahren stets sozialverträglich erfolgt ist. Die SPD ist deshalb der Ansicht, dass der Bund auf absehbare Zeit weiterhin mehr als 25 Prozent der Anteile halten sollte, um für stabile Rahmenbedingungen zu sorgen und um die Gefahr von Übernahmen durch Finanzinvestoren, die ja nicht unrealistisch ist, zu verringern.

(Beifall bei der SPD)

Zudem sind wir nach wie vor sehr daran interessiert, die Telekom als integrierten Konzern zu erhalten.

Auf der anderen Seite ist aber auch klar - das ist an die Fraktion Die Linke gerichtet -, dass der Bund nicht direkt in Unternehmensentscheidungen eingreifen darf. Das wird schon durch das Aktienrecht verboten. Es ist in keiner Weise seriös, solche unrealistischen Erwartungen zu wecken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich bedauere es sehr, dass es der früheren Unterneh-

mensleitung in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, die Telekom im Wettbewerb besser zu positionieren. Durch insgesamt 16 Umorganisationen wurden in der Vergangenheit nicht die gewünschten Effekte erzielt.

(Klaus Ernst (DIE LINKE): So ist es!)

Hierdurch ging - das muss man konstatieren - bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchaus zu Recht viel Vertrauen verloren, was sich jetzt rächt;

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): So ist es!)

denn nun wird das Unternehmen zusätzlich durch einen Streik erschüttert. Es ist bedauerlich, dass hierdurch die bisherige Konsenskultur bei der Telekom ein Stück weit infrage gestellt wird; denn in der Vergangenheit haben beide Parteien bei den Tarifvertragsverhandlungen auch unter schwierigen Rahmenbedingungen zu Lösungen gefunden, die dann auch gemeinsam getragen wurden.

Nun hat der Vorstand der Telekom ein umfangreiches Umstrukturierungs- und Sparpaket vorgelegt, das von Verdi vehement abgelehnt wird. Wenn man gerecht ist, muss man konstatieren, dass sich beide Seiten in einer schwierigen Lage befinden, für die man jeweils Verständnis haben muss. Auf der einen Seite will der Unternehmensvorstand die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig verbessern, um eine langfristige Perspektive, auch für Beschäftigung, aufzubauen. Auf der anderen Seite ist es aber auch mehr als verständlich, dass die Belegschaft und die Gewerkschaft insbesondere der vorgeschlagenen drastischen Lohnabsenkung von 9 Prozent nicht zustimmen können. Für einen Familienvater, der womöglich noch sein kleines Haus abzahlen

muss, sind solche Einschnitte letztendlich nämlich kaum verkraftbar.

Ich denke, die Politik ist gut beraten, sich bei den möglicherweise wieder anstehenden Tarifverhandlungen und dem jetzigen Streik in der Öffentlichkeit ein Stück weit zurückzuhalten, um die Tarifautonomie auch an dieser Stelle zu wahren. Auf der anderen Seite sage ich aber auch deutlich, dass wir als SPD ein großes Interesse daran haben - und wir alle haben sollten -, dass möglichst bald eine gute Kompromisslösung gefunden wird.

Deshalb hat die SPD gerade in den letzten Wochen im Hintergrund versucht, Gespräche mit beiden beteiligten Tarifvertragsparteien zu führen, um diese wieder näher zusammenzubringen; denn es kann weder im Interesse des Unternehmens noch der Beschäftigten sein, wenn die Kunden durch einen langen Streik zusätzlich verunsichert werden.

Ich hoffe deshalb sehr, dass am Ende beide Seiten wieder zusammenfinden und zu einer tragfähigen Lösung kommen, die einerseits den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Unternehmens, andererseits aber auch den berechtigten Interessen der Beschäftigten auf dauerhafte Beschäftigung und gerechte Löhne gerecht wird. Beide Seiten, Vorstand und Verdi, tragen hier eine große Verantwortung - um die sie wahrlich nicht zu beneiden sind und die ihnen auch niemand abnehmen kann - für die Zukunft des Unternehmens Telekom und für die vielen Menschen, die dort arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hinweis: Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe hatten Telekom-Vorstand und ver.di die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen und gerade ein Verhandlungsergebnis verkündet.

SPD will faire Arbeitsbedingungen im Postbereich

Nachdem eine Mehrheit der europäischen Wirtschaftsminister sich gegen eine rasche Abschaffung des Postmonopols für Normalbriefe bis 50 Gramm ausgesprochen hat, muss nach Ansicht der SPD auch die Deutsche Post vor Billigkonkurrenz aus dem Ausland geschützt werden.

Bislang ist geplant, dass das deutsche Briefmonopol zum 1. Januar 2008 fallen soll. Eine einseitige Öffnung des deutschen Postmarktes darf es aber nicht geben. Bei einem einseitigen Wegfall des deutschen Postmonopols wäre die Deutsche Post der Konkurrenz aus dem Ausland ausgesetzt, ohne selbst in deren Ländern investieren zu können. Das würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen und kann den Verlust von über 30.000 Arbeitsplätzen bei der Deutschen Post bedeuten.

Ohnehin leidet die Deutsche Post AG bereits heute in Deutschland unter zunehmendem unfairen Wettbewerbsdruck, da viele der Konkurrenten sich Preisvorteile durch Dumpinglöhne, Minijobs und nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verschaffen.

Weil es dem zuständigen Bundesminister Michael Glos (CSU) nicht gelungen ist, europaweit faire Wettbewerbsbedingungen für die Post durchzusetzen, fordert die SPD jetzt:

- Das verbliebene Postmonopol in Deutschland darf erst wegfallen, wenn auch andere EU-Länder entsprechend handeln. Der vorgesehene Termin der Aufgabe des Monopols für Deutschland zum 1. Januar 2008 muss gesetzlich korrigiert werden.

Außerdem fordern wir endlich faire Arbeitsbedingungen auch bei den Postdiensten:

- Die Postdienste müssen in das Arbeitnehmerentgesetz aufgenommen werden, um so faire Mindestlöhne zu garantieren.
- Die Lizenzbehörde muss die Vorschriften des Postgesetzes endlich konsequent anwenden: Lizenzen für Postdienste dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die vorgeschriebenen sozial- und arbeitsrechtlichen Kriterien beachten.

Wichtige Schritte Richtung Mindestlohn vereinbart – Reform der Pflegeversicherung bringt Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige

Bei den Beratungen der Koalitionsspitzen in der Nacht zum 19. Juni haben sich SPD und CDU/CSU bei der Pflegereform und beim Mindestlohn auf Kompromisse verständigt. „Wir haben beim Mindestlohn die Tür aufgestoßen“, kommentierte Generalsekretär Hubertus Heil. Mit dem Pflegekompromiss sei er „außerordentlich zufrieden“, weil er für viele kranke Menschen und deren Familienangehörige konkrete Hilfe bedeute. Bei der Pflege sind sich beide Seiten über Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige und mehr Hilfen für altersverwirrte Menschen einig.

Mindestlohn

Die SPD hat es geschafft, dass die Union sich bei diesem wichtigen Thema endlich bewegt hat – eine wichtige Etappe ist erreicht, aber noch nicht das Ziel!

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz soll für Branchen geöffnet werden, die zu mehr als 50 Prozent tarifvertraglich gebunden sind. Voraussetzung ist ein gemeinsamer Antrag von den Tarifvertragsparteien der betreffenden Branchen bis zum 31. März 2008. Das Gesetzgebungsverfahren zur Aufnahme dieser Branchen wird nach Ablauf des Stichtages unverzüglich eingeleitet. Eine spätere Aufnahme bleibt hierdurch nicht ausgeschlossen.

Wird im Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes von einer Branche erstmals ein Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages gestellt, so muss damit zunächst der Tarifausschuss befasst werden. Er muss innerhalb von drei Monaten sein Votum abgeben. Stimmt er zu, gilt der Mindestlohn für alle In- oder hier beschäftigten Ausländer. Wird kein Votum abgegeben oder mit drei zu drei bzw. zwei zu vier abgelehnt, kann der Mindestlohn auf Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom Bundeskabinett per Verordnung erlassen werden.

Für die Branchen, in denen keine so hohe Tarifbindung besteht, soll eine Mindestlohnregelung über das seit 1952 bestehende „Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen“ ermöglicht werden. Das Gesetz, das bislang noch nie angewandt wurde, muss allerdings auf die Bedingungen der heutigen Zeit angepasst werden.

Es wird dauerhaft ein Hauptausschuss aus sechs unabhängigen Experten und einem unparteiischen Vorsitzenden eingerichtet, der darüber entscheidet, ob es in einer Branche zu einer Regelung kommen soll. Wenn ja, macht ein Fachausschuss einen Vorschlag für einen Mindestlohn, der auf Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales durch eine entsprechende Verordnung des Bundeskabinetts festgelegt werden kann.

Das Tor zu Mindestlöhnen ist damit weit aufgestoßen. Es ist ein kapitaler Fehler, dass die Union nach wie vor einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn blockiert. Nur die Einführung eines solchen Mindestlohns kann den Menschen wirklich schnell und wirkungsvoll helfen, die in Branchen arbeiten, in denen die Tarifpartner nicht ausreichend stark vertreten sind, um Hungerlöhne zu ver-

hindern. Die SPD bleibt dabei: wer Vollzeit arbeitet, muss hiervon auch leben können. Dies ist allein dadurch zu gewährleisten, dass sämtliche Branchen ohne Nebenbedingungen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden und für die Branchen, in denen tarifvertragliche Mindestlöhne nicht greifen oder existieren, ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird. Für die SPD ist das Thema erst dann befriedigend gelöst, wenn ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn im Gesetzblatt steht.

Die von der Union als Ausgleich angebotene gesetzliche Regelung der Sittenwidrigkeit kann hierfür kein Ersatz sein. Bei der Sittenwidrigkeit geht es lediglich um die Relation zwischen tariflichen bzw. ortsüblichen Lohn und tatsächlich gezahlten Lohn. Es ist empörend, dass die Union hier nicht bereit ist, eine für alle Menschen gleichermaßen geltende Untergrenze zu akzeptieren! Erhält ein Spezialitätenkoch statt üblicher 60 Euro nur 30, wäre das sittenwidrig – die Angestellte im Frisörgeschäft könnte aber zu 2,60 Euro statt der im Tarifvertrag vereinbarten 3,18 Euro bezahlt werden. Das ist mit der SPD nicht zu machen!

Reform der Pflegeversicherung

Der größte Fortschritt konnte bei der Reform der Pflegeversicherung erzielt werden. Hier konnten wir Vereinbarungen treffen, die eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift tragen! Die Leistungen der Pflegeversicherung sind seit 1995 in ihrer Höhe unverändert. Sie werden nun schrittweise angepasst. Menschen mit Demenzerkrankungen werden endlich einbezogen. Neu eingeführt wird ein Rechtsanspruch auf eine Pflegezeit für Angehörige von bis zu sechs Monaten. Damit haben sie Anspruch auf unbezahlte Freistellung von der Arbeit mit Rückkehrrecht unter gleichzeitiger Absicherung in der Sozialversicherung. Durch quartiersbezogene Pflegestützpunkte wird die wohnortnahe Pflege gestärkt. Diese Verbesserungen bringen Fortschritt für Millionen von Menschen.

Eine grundlegende Reform der Finanzstruktur war mit der Union leider nicht zu machen. Die SPD ist nach wie vor der Auffassung, dass die unterschiedlichen Risikostrukturen zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung ausgeglichen werden müssen.

Mit der vereinbarten Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte hält die SPD am Prinzip der solidarischen Finanzierung und der Mitverantwortung der Arbeitgeber fest. Sie verschafft der Pflegeversicherung eine solide Finanzbasis bis weit ins nächste Jahrzehnt. Durch die im Gegenzug vereinbarte Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte auf dann 3,9 Prozent ab 1. Januar 2008 werden die gesetzlichen Lohnzusatzkosten nicht steigen. Die von der Union geforderte einkommensunabhängige Kopfpauschale konnte die SPD erfolgreich verhindern.

Eckpunkte für die Umsetzung der europäischen Ziele in der Klimaschutz- und Energiepolitik in Deutschland (Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion)

I. Energiepolitik ist der Schlüssel zum Klimaschutz

Die Ergebnisse der internationalen Wissenschaft sind eindeutig. Wir erleben einen Wandel des Weltklimas und eine Steigerung der Temperaturen auf unserer Erde, die bereits heute für viele Menschen gefährliche Ausmaße angenommen hat: Ausbreitung der Wüsten und Dürrekatastrophen in Afrika ebenso wie Überflutungen und Hurrikans in anderen Teilen der Welt. Das Abschmelzen der Gletscher gefährdet nicht nur küstennahe Städte und Regionen, sondern auch große Trinkwasserreservoirs. Besonders betroffen sind die ärmsten Länder der Welt. Verantwortlich für diesen Klimawandel dagegen ist der überhöhte Energieverbrauch in den Industrieländern auf der Grundlage fossiler Energieträger. Die dabei entstehenden Treibhausgase sind die wichtigste Ursache der globalen Erderwärmung. Hinzu kommen klimaschädliche Emissionen aus Industrieprozessen, der Landwirtschaft sowie die zunehmende Entwaldung der tropischen Regenwaldregionen.

Um die Folgen der Erderwärmung in den Grenzen zu halten, die uns eine weltweite Anpassung an den Klimawandel ermöglichen, muss die Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre stabilisiert und damit der Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts auf maximal 2 Grad Celsius (gegenüber der vorindustriellen Zeit) begrenzt werden (mittlerer Temperaturanstieg in Deutschland bis heute: 0,9 Grad Celsius). Da einmal emittierte Treibhausgase Jahrzehnte in der Atmosphäre verbleiben, ist eine schnelle und weltweite Begrenzung der Emissionen erforderlich, da bereits das bis heute emittierte CO₂ eine weitere Erwärmung nach sich zieht. Nur wenn bis zum Jahr 2020 eine Senkung in den Industriestaaten um mindestens 30 Prozent (gegenüber dem Jahr 1990) und bis zum Jahr 2050 weltweit um mindestens 50 Prozent gelingt, kann die Erwärmung der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts auf 2 Grad Celsius gehalten werden. Die Klimaschutzverpflichtungen für Industriestaaten wie Deutschland sind dann naturgemäß noch höher.

II. Der Klimawandel birgt ökologische, ökonomische und soziale Gefahren.

Gelingt diese Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre nicht, drohen dramatische Konsequenzen schon in den nächsten Jahren, vor allem aber für unsere Kinder, Enkelkinder und nachfolgende Generationen. Dabei ist diese Erderwärmung nicht nur eine ökologische Bedrohung, sondern vor allem auch eine ökonomische und soziale. Sie gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand in allen Teilen der Erde. Die Berechnungen des früheren Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, zeigen unmissverständlich: Während Investitionen in den Schutz des Klimas und in die Begrenzung der Erderwärmung lediglich bis zu einem Prozent des weltweiten Sozialproduktes pro Jahr kosten und sogar noch wirtschaftliches Wachstum verstärken können, belaufen sich die Kosten der ungebremsten

Erderwärmung auf bis zu 20 Prozent des weltweiten Sozialproduktes.

Der Klimawandel ist deshalb weit mehr als eine ökologische Gefahr. Er ist darüber hinaus auch eine Gefahr für Frieden, Sicherheit und Stabilität auf der Erde. Krieg und Bürgerkrieg um Wasser, andere Ressourcen sowie große Flüchtlingsbewegungen sind unter den Bedingungen einer weiter ansteigenden Erderwärmung eine sehr reale Gefahr.

Vor diesem Hintergrund sind internationale und nationale Vereinbarungen und Maßnahmen zum Klimaschutz dringend erforderlich. Da die Industriestaaten die Verantwortung für den aktuell bereits stattfindenden Klimawandel tragen, sind sie besonders zur Vorreiterrolle im Abbau der Treibhausgasemissionen aufgefordert. Zudem haben vor allem sie die technologischen Voraussetzungen, um wirtschaftliches Wachstum, ökonomischen Erfolg und einen erfolgreichen und ambitionierten Klimaschutz in Einklang zu bringen.

Aufgrund der wirtschaftlichen Dynamik und des Bevölkerungsreichtums sind es allerdings vor allem die großen Entwicklungsländer, die in den kommenden Jahren ihre Treibhausgasemissionen schneller steigern könnten, als in den Industrienationen bisher an Minderung vorgesehen ist. Dabei werden die Pro-Kopf-Emissionen dieser Länder wie Indien, China und Brasilien dann immer noch deutlich unter denen der Industrieländer rangieren. Trotzdem wird ohne eine Beteiligung dieser großen Entwicklungsländer bei gleichzeitiger Vorbildfunktion und Technologietransfer der Industriestaaten Klimaschutz nicht erfolgreich sein können.

III. Unser Leitziel heißt Nachhaltigkeit

Nur die SPD ist in der Lage, eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik zu entwickeln, weil wir sie gerecht ausgestalten. Unsere Leitidee heißt nachhaltige Entwicklung, die alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit betont. Sie ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderung, die nicht nur klare Reduktionsziele aufstellt und die technologischen Kräfte auf den Klimaschutz konzentriert, sondern auch den Menschen in den Industriestaaten im Modernisierungsprozess sowie in Schwellen- und Entwicklungsländern beim Aufbau neuer Strukturen die Perspektive von Sicherheit, Gerechtigkeit und sozialer Balance eröffnet.

Wir leben in einer Zeit ungekannter Gefahren, aber auch neuer großer Möglichkeiten. Nachhaltigkeit entstammt der Programmatik der sozialen Demokratie, die unsere Geschichte geprägt hat, aber erweitert sie um die ökologische Dimension. Sie stärkt die Innovationskräfte der Wirtschaft und verbindet sie mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der Natur. Auch in diesem Bereich gilt: Wir brauchen einen modernen öffentlichen Sektor, eine gerechte Verteilung der Lasten und eine faire Kooperation mit der Wirtschaft.

IV. Die europäischen Ziele

Die Europäische Kommission und der Europäische Rat haben die weltweite Herausforderung angenommen und entscheidende Beschlüsse für den Schutz des Weltklimas und für eine nachhaltige Energiepolitik in Europa gefasst:

- Unilateraler Abbau der Treibhausgasemissionen in Europa um mindestens 20 Prozent bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu den Emissionen des Jahres 1990.
- Den Willen und die Bereitschaft Europas zu noch stärkeren Verringerungen der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 und um 60 – 80 Prozent bis 2050, wenn diese Ziele in internationalen Verhandlungen weltweit vereinbart werden.
- Steigerung der Energieeffizienz in Europa um 20 Prozent bis 2020 gegenüber dem Business-as-usual-Szenario.
- Ausbau der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent Anteil am Primärenergiebedarf im europäischen Durchschnitt.

V. Deutschland braucht ein nationales Aktionsprogramm zum Klimaschutz.

Deutschland hat als größter Verursacher von Treibhausgasemissionen in der EU eine besondere Verantwortung für den nachhaltigen Erfolg dieser Beschlüsse. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung deshalb auf, ein nationales Aktionsprogramm zur konkreten Umsetzung des europäischen Klimaschutz- und Energiepakets vorzulegen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird diesen Prozess in 2007 durch die Vorlage von Gesetzesinitiativen und Entschließungsanträgen für konkrete Klimaschutzinstrumente im Deutschen Bundestag unterstützen.

Dieses nationale Klimaschutz- und Energieprogramm muss folgende Ziele erreichen:

- a) Senkung der Treibhausgasemissionen Deutschlands um 40 Prozent bis zum Jahr 2020, um den europäischen Durchschnitt einer 30prozentigen Absenkung zu gewährleisten (Dieses deutsche Ziel entspricht auch dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9.11.2006.).
- b) Steigerung der Energieeffizienz von jährlich einem Prozent auf drei Prozent, um das europäische Ziel einer 20-prozentigen Steigerung bis zum Jahr 2020 und das weitergehende deutsche Ziel im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zur Verdoppelung der Energieproduktivität im Jahr 2020 gegenüber 1990 zu erreichen. (Dies entspricht auch den Zielen der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU/CSU.)
- c) Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergiebedarf in Deutschland von heute 5,3 Prozent auf mindestens 18 Prozent im Jahr 2020. Damit leisten wir einen Beitrag, der es der EU ermöglicht, das europäische Gesamtziel sogar zu übertreffen.

Dazu sind deutliche Zuwächse in den einzelnen Bereichen Stromerzeugung, Wärmebereitstellung und Mobilität gegenüber dem Trend erforderlich. Bis 2050 soll der

Anteil der Erneuerbaren Energien in Deutschland dann auf mindestens 50 Prozent steigen.

Die für den Energiegipfel der Bundesregierung berechneten Klimaschutzzszenarien zeigen genau wie die Studien von Internationaler Energie-Agentur (IEA) und dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), dass die Atomenergie keine Rolle beim Klimaschutz spielt und spielen wird. Im Gegenteil, das Festhalten an der Atomenergie behindert sogar den Umbau der Energieversorgung und verlangsamt dringend notwendige Innovationen. Die SPD-Bundestagsfraktion hält daher auch aus Gründen des Klimaschutzes am Ausstieg aus der Atomenergie fest.

VI. Neue Technologien für Energieeffizienz und erneuerbare Energie.

Die Realisierung dieser Ziele ist vor allem eine technologische Herausforderung. Effizientere Energieerzeugung, effizienterer Energieverbrauch und die schrittweise Umstellung der Energieproduktion auf erneuerbare Energieträger erfordern neue Technologien und neue Infrastrukturen. Sie sind zugleich eine enorme Chance für eine größere Unabhängigkeit Deutschlands von Energieimporten und ihrer Preisentwicklung sowie für den Export moderner Energietechnologien weltweit. Bereits heute finden allein im Bereich der erneuerbaren Energien mehr als 214.000 Menschen eine qualifizierte und zukunftssichere Beschäftigung.

Bis 2020 können sogar 500.000 Jobs in dieser Branche entstehen. Außerdem sind allein im letzten Jahr 265.000 Wohnungen und Eigenheime mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm erneuert worden. Wir haben damit Investitionen in Höhe von 11 Mrd. Euro ausgelöst und rund 1 Million Tonnen CO₂-Ausstoß jährlich dauerhaft vermieden. Jede investierte Milliarde Euro sichert und schafft 25.000 Arbeitsplätze im Handwerk und bei Baudienstleistungen.

Die zentrale Aufgabe politischen und staatlichen Handelns ist es deshalb nicht in erster Linie, neue Vorschriften für den privaten Konsum zu erlassen. Aufgabe ist es vielmehr, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine schnelle und wettbewerbsfähige Entwicklung neuer Technologien in der Produktion und im Verbrauch von Energie zu schaffen und auszubauen. Das Ziel ist der Umbau der Energiebasis der Industriegesellschaften und nicht der Ausbau von Verbotsvorschriften für den privaten Konsum. Allerdings kommen wir nicht daran vorbei, unser Alltagsleben klimafreundlicher zu gestalten. Dazu sollen eine breit aufgestellte Information der Öffentlichkeit, eine ausgebaute Energieberatung und Transparenz bei der Klimafreundlichkeit von Produkten und Dienstleistungen beitragen.

Dafür wollen wir einen staatlichen Rahmen setzen, der auf marktwirtschaftliche Anreize wo möglich und auf Ordnungspolitik wo nötig für die Durchsetzung effizienter und erneuerbarer Energietechnologien setzt. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht daher die Preiswahrheit, die Steigerung der Investitionen in Forschung und Technologie, mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt, attraktive Marktanreizprogramme sowie befristete steuerliche Anreize im Vordergrund. Mit Ordnungsrecht ergänzen wir das Marktsystem, wo die Marktakteure zu lang-

sam handeln. Z.B. muss die Politik für mehr Tempo bei Effizienzstandards sorgen, den rechtlichen Rahmen für einen schnelleren Umbau zu einem klimafreundlicheren Energiesystem schaffen und dessen Umsetzung auch kontrollieren.

VII. Nationales Aktionsprogramm Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung.

Folgende Bereiche der Energieproduktion und des Energiekonsums müssen dabei für das nationale Aktionsprogramm zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland Berücksichtigung finden.

1. Erhöhung der Energieeffizienz und Erneuerung des Kraftwerksparks

- Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung (KWK) zur Einsparung von zunächst mindestens 20 Mio. Tonnen CO₂ bis zum Jahr 2010 auf der Basis des Jahres 1998 (Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft) und Umsetzung eines Anteils von 25 Prozent der KWK an der Stromerzeugung im Jahr 2020.
- Modernisierung des Kraftwerksparks zur Erreichung von deutlich höheren Wirkungsgraden bei Steinkohle-, Braunkohle- und Gaskraftwerken.
- Investitionen in Forschung und Entwicklung zur effizienten und wettbewerbsfähigen Nutzung von Kraftwerken mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie Schaffung entsprechender rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, damit nach 2015/2020 nur noch CO₂-freie fossile Kraftwerke ans Netz gehen. Damit schaffen wir zwar geeignete Rahmenbedingungen – das bedeutet aber keine Vorfestlegung auf CO₂-Abscheidung als reale Option. Zuvor muss sich deren technische, ökologisch verträgliche und wirtschaftliche Umsetzbarkeit zeigen.
- Verringerung der CO₂-Emissionen auf 120g/km im Durchschnitt der europäischen Fahrzeugindustrie sowie Anschlussregelung im Sinne eines Top-Runner-Systems, mit dem verbindlich dynamische Mindeststandards gesetzt werden. Dazu dient insbesondere auch die Förderung der Entwicklung alternativer Kraftstoffe und innovativer Antriebstechnologien.
- Transparente Kennzeichnung des Energieverbrauchs bei Fahrzeugen und technischen Geräten.
- Besondere Berücksichtigung des Klimaschutzes im Masterplan Güterverkehr und Logistik, insbesondere auch Ausbau des kombinierten Verkehrs: Sinnvolle Verknüpfung in logistischen Knoten wie Güterverkehrszentren, Flughäfen, See- und Binnenhäfen.
- Förderung des ÖPNV und des Fahrradverkehrs mit einem ausreichenden Finanzierungsbeitrag auf hohem Niveau. Sicherstellung und Ausbau einer modernen Verkehrsinfrastruktur.
- Ausbau des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms der Bundesregierung und Fortsetzung über 2009 hinaus. Weiterentwicklung der Energieeinsparverordnung mit der Vorgabe von Mindeststandards bei Energieeffizienz im Gebäudesektor für den Bestand sowie für Neubauten.
- Einführung eines europäischen Top-Runner-Systems

für Geräte und Komponenten, sowohl im Bereich industrieller und privater Verwendungsbereiche, damit immer die energieeffizientesten Geräte den Standard setzen. Dann werden auch Einzelinitiativen wie das Verbot von Stand-by-Schaltungen oder Glühbirnen durch diese wesentlich umfassendere und dynamischere Regelung überflüssig.

- Obligatorisches Energiemanagement (Audit und Umsetzung empfohlener Maßnahmen) als Voraussetzung für Begünstigungen im Energiesteuerrecht.
- Beseitigung rechtlicher Barrieren für Energieeffizienzmaßnahmen, z.B. auch durch eine Erleichterung von Contracting im Mietwohnungsbau.
- Vorbildfunktion des Staates bei der Energieeffizienz. Die Anforderungen an die Beschaffung von Gütern und Produkten werden so gestaltet, dass die Energieeffizienz einen höheren Stellenwert erhält.

2. Ausbau der erneuerbaren Energien

Die SPD wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Ziele der Leitstudie 2007 „Ausbaustrategie Erneuerbare Energien“ umzusetzen:

- Ausbau der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch durch das Erneuerbare Energiengesetz auf mindestens 29 Prozent im Jahr 2020.
- Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärme- und Kältemarkt durch ambitionierte Wärmegesetzregelungen auf mindestens 14 Prozent im Jahr 2020.
- Ausbau der Produktion von Biokraftstoffen auch im Bereich der synthetischen Kraftstoffe, von Bioethanol und von Biogas auf mindestens 17 Prozent im Jahr 2020.
- Ausweitung der Forschung im Bereich der Erneuerbaren Energien.
- Schaffung eines umfassenden Biogas-Einspeisungsgesetzes, um das Potenzial von Biogas in der bestehenden Erdgas-Infrastruktur zum schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien nutzen zu können.
- Für die Nutzung von Biomasse, die wir noch weiter fördern wollen, werden wir dabei eine Zertifizierung für nachhaltige Bewirtschaftung einführen, die für eine Förderung unabdingbare Voraussetzung ist.

3. Stärkung des Emissionshandels

- Senkung der Kohlenstoffintensität der Energieumwandlung durch den Emissionshandel und weitere Reduzierung der Emissionen im Bereich Energie und Industrie bis zum Jahr 2020 unter der Bedingung des Ausstiegs aus der Atomenergie.
- Schaffung von Anreizen zur Investition in emissionsärmere und neue Steinkohle-, Braunkohle- und Gaskraftwerke im deutschen Nationalen Allokationsplan II (NAP II) zur Ablösung älterer Kraftwerke. Ab dem Jahr 2013 sollten längere Zuteilungszeiträume zur Sicherstellung stabiler Rahmenbedingungen gelten. Künftig sollen EU-weit alle Zertifikate auktioniert werden, um mit den resultierenden Einnahmen Investitionen in die Steigerung der Energieeffizienz und eine klimafreundliche Entwicklung zu fördern.

- Wettbewerbsneutrale Einbeziehung des Luftverkehrs in den europäischen Emissionshandel.
- Harmonisierung des europäischen Emissionshandelsystems und Einrichtung einer Aufsichtsinstitution zur Sicherung von Markttransparenz und Marktpflege.
- Erleichterung des Zugangs zu Clean-Development-Mechanism-Projekten (CDM) in Entwicklungs- und Schwellenländern.

4. Fortentwicklung des Steuersystems zur Senkung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen.

- Durch die oben erwähnte Bindung einer Steuerbegünstigung bei Energiesteuern an ein Energiemanagement wird eine Pflicht zur Nutzung von Potenzialen der Effizienzsteigerung erreicht.
- Einführung einer am CO₂- und Schadstoffausstoß

orientierten Besteuerung der Nutzung von Kraftfahrzeugen.

- Einführung einer europaweiten Besteuerung von Kerosin, auf CO₂- bzw. NO_x-Emissionen bezogene Start- und Landegebühren oder einer Ticketabgabe. Dies gilt insbesondere für internationale, über die EU hinausreichende Flugbewegungen. Die entstehenden Mittel sollen für Projekte der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern dienen, soweit diese Projekte geeignet sind, klimaschädliche Entwicklungen vor Ort zu vermeiden oder zu beheben sowie Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu unterstützen.
- Unterstützung der europäischen Diskussion über eine stärker ökologisch ausgerichtete und harmonisierte europäische Steuerpolitik.

→ **Ergänzend: siehe Beschluss des SPD-Präsidiums vom 4. Juni 2007 "Neue Energie - Sozialdemokratische Energie- und Klimapolitik für das 21. Jahrhundert" unter www.spd.de/menu/1716261/**

Informationen zur Verabschiedung der Unternehmenssteuerreform

Ziele sind Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und mehr Steuergerechtigkeit - Städtetag begrüßt die Stabilisierung der Gewerbesteuer

Das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 ist am 25. Mai 2007 vom Deutschen Bundestag beschlossen worden. Der Bundesrat wird das Gesetz noch vor der Sommerpause abschließend beraten, wobei von der Zustimmung zu diesem Gesetz auszugehen ist.

Mit der Reform soll erreicht werden, dass Unternehmen wieder mehr Steuern in Deutschland zahlen, wieder mehr in Deutschland investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen. Verbunden mit der Debatte zur Unternehmensteuerreform wurde auch ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen über eine Reform der Erbschaftsteuer beschlossen.

Mit der Stärkung der Gewerbesteuer, der Bekämpfung missbräuchlicher Steuergestaltungen sowie der Verknüpfung mit der Erbschaftsteuerreform ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, sozialdemokratische Positionen durchzusetzen. Das war keineswegs selbstverständlich. In der Union gab es ernstzunehmende Bestrebungen, sowohl die Gewerbesteuer als auch die Erbschaftsteuer abzuschaffen.

Neuregelungen bei der Unternehmenssteuer

Die Gesamtsteuerbelastung auf Gewinne von Kapitalgesellschaften wird auf knapp unter 30 Prozent gesenkt. Damit befinden wir uns im europäischen Mittelfeld. Der Anreiz von Gewinnverlagerungen ins Ausland wird vermindert. Künftig werden mehr Unternehmen ihre Gewinne in Deutschland versteuern.

Durch gezielte Maßnahmen wird die Bemessungsgrundlage der Unternehmensbesteuerung so verbreitert, dass ein deutlich höherer Anteil der von den Unternehmen in Deutschland erzielten Gewinne auch tatsächlich hier der Besteuerung zugeführt wird. Mit Maßnahmen wie der Zinsschranke, dem Themenkomplex Funktionsverlagerungen und der Ausweitung der Hinzurechnungen bei der

Gewerbesteuer sind vor allem Schutzmaßnahmen zugunsten der deutschen Steuerbasis im europäischen und internationalen Wettbewerb getroffen worden.

Die Einführung der Abgeltungssteuer mit einem Satz von 25 Prozent dient der Vereinfachung des Steuerrechts und soll ein Beitrag zu mehr Steuerehrlichkeit sein. Die konföhrhenden Banken führen die Steuerschuld künftig für jeden Kunden anonym an das Finanzamt ab. Die im internationalen Vergleich hohe Besteuerung privater Kapitalerträge hat viele Anleger dazu bewegt, ihre Erträge am deutschen Fiskus vorbei zu lenken. Gegenüber den geltenden Regeln zur Besteuerung privater Kapitaleinkünfte weist die jetzt vereinbarte Konstruktion der Abgeltungssteuer unter dem Aspekt der gleichmäßigen Erfassung aller Kapitalerträge einen deutlichen Vorteil auf: Erstmals werden auch Kapitalerträge aus Aktienkäufen grundsätzlich steuerpflichtig, die bisherige sogenannte Spekulationsfrist von einem Jahr entfällt. Beibehalten wird dagegen die Beschränkung der Verrechnungsmöglichkeit von Verlusten aus Aktienverkäufen ausschließlich auf Gewinne aus Aktienverkäufen.

Die 5 Milliarden Euro, die das Zahlentableau des Reformgesetzes als Mindereinnahmen ansetzt, beziehen sich auf eine Grundlage, die weder die beobachtbare Erosion unserer Steuerbasis berücksichtigt, noch auf der anderen Seite positive Sekundäreffekte, die eine Ausweitung der Investitionstätigkeit als Folge der Reform auf das künftige Steueraufkommen hat. Die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung lassen zudem vermuten, dass sich die im Gesetzentwurf enthaltenen Darstellungen der künftigen Entwicklungen des absoluten Aufkommens von Körperschaft- und Gewerbesteuer in Wirklichkeit noch günstiger darstellen als im März, so dass die von der Reform verursachten „Dellen“ in der tatsächlichen Aufkommensentwicklung in noch kürzeren Zeiträumen überwunden

sein dürften.

Bewertung der Unternehmenssteuerreform

Die Unternehmensteuerreform ist – wie es auch die Reform der Erbschaftsteuer sein wird – nicht ein Werk der SPD allein, sondern ein Werk der Großen Koalition und daher auch ein Kompromiss. Gemessen an den Erwartungen zumindest der finanzwissenschaftlichen Fachöffentlichkeit, die sich in Reformmodellen mit Steuerausfällen von bis zu 40 Milliarden Euro jährlich verstieg und der ursprünglichen Absicht zumindest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Gewerbesteuer im Zuge der Reform endlich ganz abzuschaffen, zeugt das jetzt gefundene Ergebnis doch an ganz wesentlichen Stellen von der Durchsetzungskraft der Positionen der SPD-Bundestagsfraktion. Die Stärkung der Gewerbesteuer, die wir auch im letzten Verhandlungsschritt noch einmal weiter vorantreiben konnten, und die Schließung milliardenschwerer Steuerschlupflöcher u.a. bei der Verlustverrechnung knüpfen unmittelbar an die sozialdemokratische Steuerpolitik der letzten Jahre an.

Zugespißt lässt sich sagen: Weil es heute und in absehbarer Zukunft weder in Europa noch international eine einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze für die Unternehmensbesteuerung gibt, hätten wir auch im Falle einer Alleinregierung der SPD eine Unternehmenssteuerreform machen müssen. Keine Bundesregierung, keine Parlamentsmehrheit hätte es sich leisten können, der fortschreitenden Erosion der heimischen Steuerbasis einfach tatenlos zuzuschauen. Und zwar nicht nur aus fiskalischen Gründen, sondern auch weil eine legale Steuervermeidung in diesem Ausmaß eine nicht zunehmende Gerechtigkeitslücke darstellt. Natürlich hätte in dem Falle einer sozialdemokratischen Alleinregierung nicht jedes Detail der Reform so ausgesehen wie jetzt im Kompromiss der Koalition. Dabei gilt es aber zu bedenken, dass zum Beispiel die Höhe der Steuerbelastung in engem Zusammenhang mit dem Anreiz für Unternehmen steht, hier in Deutschland erzielte Gewinne am deutschen Fiskus vorbei ins Ausland zu schaffen. Knapp gesagt gilt: Je höher die Differenz der nominalen Sätze gegenüber dem Ausland, um so größer der Anreiz, viel Geld in internationale Steuervermeidungsstrategien zu stecken. Mit jedem Prozentpunkt, den wir unsere nominalen Steuersätze jetzt dem internationalen Mittelwert annähern, machen wir die in der Regel mit extrem hohen Beratungskosten verbundenen Steuervermeidungsstrategien schrittweise wirtschaftlich unattraktiv. Die Umsetzung der bisweilen erhobenen Forderung, die im Zahlentableau der Reform ausgewiesenen Steuermindereinnahmen durch eine weniger starke Senkung zum Beispiel des Körperschaftsteuersatzes zu verringern, hätte somit unmittelbar negative Nebenwirkungen in Bezug auf die angestrebten ökonomischen Zielsetzung der Reform gehabt.

Das wichtigste Ziel der Unternehmensteuerreform ist also die Sicherung der Steuerbasis in Deutschland. Denn die Unternehmen sollen auch in Zukunft einen fairen Beitrag zur Finanzierung wichtiger öffentlicher Aufgaben leisten. Mit international attraktiven Steuersätzen und gleichzeitig wesentlich strengeren Regeln zur Erfassung der im Inland erzielten Gewinne wird dies gelingen.

Die Gewerbesteuer bleibt und wird gestärkt

Die im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 beschlossene Weiterentwicklung der Gewerbesteuer ist für die Kommunen ein großer Erfolg, stellte u.a. der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages heraus: „Die Gewerbesteuer als wichtigste Steuer der Städte wird gesichert und sogar auf breitere Grundlagen gestützt. Deshalb ist heute ein guter Tag für die deutschen Städte. Die große Koalition setzt damit ein kommunal-freundliches Signal“.

Die Städte begrüßten ebenfalls, dass die Bundesregierung den Anteil von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer, die Gewerbesteuerumlage, leicht absenkt und so – wie auch durch eine weitere Regelung – die Steuerausfälle von Städten und Gemeinden reduziert. Zunächst waren die Steuerausfälle in den Jahren 2008 bis 2011 auf 4,3 Milliarden Euro geschätzt worden. Jetzt reduzieren sie sich voraussichtlich auf eine Größenordnung von etwa zwei Milliarden Euro. Städtetagspräsident Ude bedauerte allerdings, dass somit die zugesagte Aufkommensneutralität der Reform für die Kommunen nicht voll erreicht werde.

Zu den Maßnahmen, die ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen sind, zählt, dass die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer durch die Erweiterung der Hinzurechnungen auf sämtliche Finanzierungskosten verbreitert wird und die Gestaltungsmöglichkeiten zur Reduzierung der Steuerlast sachgerecht eingedämmt werden.

Es bleibt bei den schon im Gesetzentwurf zur Reform der Unternehmensbesteuerung vorgesehenen Maßnahmen in Bezug auf die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer. Die 50%-ige steuerliche Hinzurechnung der gezahlten Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer entfällt. Stattdessen werden alle Zinsen und Finanzierungsanteile in Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen mit einem Hinzurechnungsfaktor von 25 % erfasst. Für die jeweiligen Finanzierungsanteile sind gesonderte Pauschalen festgelegt, z.B. für Leasingraten und bewegliche Wirtschaftsgüter 20%, für Lizenzgebühren 25%, für unbewegliche Wirtschaftsgüter 75%. Die gezahlte Gewerbesteuer kann künftig nicht mehr als Betriebsausgabe abgezogen werden. Der Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer wird von 1,8 auf 3,8 erhöht werden. Die Steuermesszahl der Gewerbesteuer wird von 5,0 % auf 3,5 % gesenkt, der Staffeltarif abgeschafft.

Darüber hinaus müssen künftig bei den gewerbesteuerlichen Vorauszahlungen nicht etwa nur die Steuersatzsenkung sondern auch alle Gegenfinanzierungsmaßnahmen, wie z.B. der Wegfall des Abzugs der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe, berücksichtigt werden. Des Weiteren gibt es mehrere Änderungen im Körperschafts- und Einkommensteuerrecht, wie z.B. die Einführung einer Zinschranke, die Steuergestaltungsmöglichkeiten einschränken und die Gegenfinanzierung sicherstellen, die zugleich auch positive mittelbare Auswirkungen auf die Einnahmesituation der Kommunen haben werden.

Folgende Schritte der Absenkung der Gewerbesteuerumlage zur Reduzierung der Einnahmeausfälle der Kommu-

nen werden erfolgen: 2008 -8 Prozentpunkte; 2009 -6 Prozentpunkte; ab 2010 -3 Prozentpunkte (jeweils für Bund und Länder hälftig). In der vollen Jahreswirkung wird die Unternehmensteuerreform für die Kommunen aufkommensneutral gestaltet (+ 68 Mio. €). Für die ersten Kassenjahre werden jetzt nach den Beschlüssen des Deutschen Bundestages Steuerausfälle in Folge der Unternehmensteuerreform in folgender Größenordnung für die Kommunen erwartet: 2008: -876 Mio. €; 2009: -566 Mio. €; 2010: -507 Mio. €; 2011: -33 Mio. €; danach werden wieder Mehreinnahmen für die Kommunen prognostiziert. Vor dem Hintergrund der äußerst positiven Steuerschätzung für die kommenden Jahre ist allerdings

davon auszugehen, dass die durch das Unternehmenssteuerreformgesetz prognostizierten Steuerausfälle in den Kommunen kaum bemerkbar sein werden.

Der Präsident des Deutschen Städtetages Ude resümierte, dass es richtig sei, einerseits die im internationalen Vergleich hohen Steuersätze in Deutschland zu verringern und andererseits mit der erweiterten Zinshinzurechnung bei der Gewerbesteuer und der Zinsschranke bei der Körperschaftssteuer das Aufkommen an Unternehmenssteuern in Deutschland zu stabilisieren: „Für diese Erhaltung und Stabilisierung der Gewerbesteuer hat der Städtetag jahrelang und zeitweise ziemlich isoliert gekämpft. Ende gut, alles gut.“

SPD-PROGRAMMDEBATTE

Ergebnisse der Mitgliederbefragung

Die Ergebnisse der seit Ende Februar 2007 durchgeführten Mitgliederbefragung zum "Bremer Entwurf" für ein neues Grundsatzprogramm der SPD sind nunmehr ausgewertet worden. 40.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jeden Alters und jeder Herkunft haben daran teilgenommen. „Wir freuen uns über jedes einzelne Parteimitglied, das sich eingebracht hat in unsere Programmarbeit“, erklärte Generalsekretär Hubertus Heil. „40.000 sehr genaue und differenzierte Voten - das ist das wohl breiteste Meinungsbild, das je eine deutsche Partei zu ihren Grundwerten erhalten hat. Die Ergebnisse dieser Befragung zeigen sehr direkt und ungefiltert Meinung und Stimmungslage der teilnehmenden Parteimitglieder“, so Heil weiter in einer Pressemitteilung vom 27. April 2007.

Eindeutig ist: Die Inhalte des "Bremer Entwurfs" treffen auf Zustimmung. Viele Mitglieder wünschen sich jedoch, dass das zukünftige Grundsatzprogramm noch pointierter und straffer formuliert wird. Den 40.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren einige Themen besonders wichtig: Eine faire Globalisierung, besserer Klimaschutz durch qualitatives Wachstum, bessere Chancen für alle durch mehr Bildung, eine sozialere Gestaltung der Arbeitswelt und die Absicherung von Lebensrisiken. Die Ergebnisse der Befragung zeigen auch: Die SPD-Mitglieder wollen, dass sich die täglichen Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland lohnen.

Die Grundwerte der Sozialdemokratie - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität - sind für die Mitglieder auch zukünftig eindeutige Richtschnur der Arbeit der SPD in Europa, Bund, Ländern und Kommunen. Die größte Zustimmung und die höchste Bereitschaft zum Engagement verbinden sich mit dem Ziel einer friedlichen, freien und gerechten Weltordnung. Drei Viertel derer, die den Fragebogen beantwortet haben, sehen die gerechte Globalisierung als wichtigstes Ziel des neuen Grundsatzprogramms. Fast ebenso so stark ist das Bekenntnis zur Verbesserung individueller Chancen durch eine gerechte Familien- und Bildungspolitik. Wenn auch die Programmkapitel zu Wirtschaft und Sozialstaat als Ganzes weniger Zuspruch mobilisieren, so zeigt sich doch in den Antworten auf einzelne Aussagen, dass technologischer Fortschritt und qualitatives Wachstum in wichtigen Zukunftsfeldern wie Energie, dass die Einführung von Mindestlöhnen und dass die solidarische Absicherung großer Lebensrisiken stark unterstützt werden.

Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung sind neben den Impulsen aus den Regionalkonferenzen und zahlreichen schriftlichen Anträgen und Vorschlägen eine wichtige Grundlage für die weitere Programmarbeit. Präsidium, Parteivorstand und Programmkommission werden sie ausführlich diskutieren und Stück für Stück auf dem Weg zum endgültigen Beschluss des Grundsatzprogramms im Oktober berücksichtigen.

→ **Der Projektbericht Mitgliederbefragung mit ausführlicher grafischer Darstellung zu den Ergebnissen ist abrufbar unter www.spd.de/show/1712984/300407_wbhm_mitgliederbefragung.pdf. Weitere Informationen zur SPD-Programmdebatte unter: www.programmdebatte.spd.de**

Weiterer Fahrplan der Programmdebatte

Am 23. Juni wird auf dem „Zukunftskonvent – Deutschland 2020“ in Hannover in zahlreichen Arbeitsgruppen und Foren die Möglichkeit bestehen, sich gemeinsam mit der Parteispitze aus Bund und Ländern sowie den Mitgliedern der Bundesregierung an der Debatte über das neue Programm zu beteiligen und sich einzubringen.

Im Juli 2007 sind Studierende dazu eingeladen im Rahmen von „Hochschuldialogen“ an den Universitäten Pots-

dam und Tübingen mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Prof. Dr. Herfried Münkler von der Humboldt Universität zu Berlin sowie mit Generalsekretär Hubertus Heil und Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung über das Grundsatzprogramm zu diskutieren.

Beschlossen werden soll das neue Grundsatzprogramm auf dem ordentlichen Parteitag im Oktober 2007 in Hamburg.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



In der „Berlin Depesche“ erscheint seit 2003 unter dem Titel „Sozialdemokratische Köpfe“ eine eigene Reihe, in der wir anhand einer Kurzbiografie und eines selbst entwickelten Fragebogens bekannte Politikerinnen und Politiker der SPD vorstellen.

Für alle, die früher erschienene Portraits nachlesen wollen: In der **Sonderausgabe 8 der Berlin-Depesche** sind aus den Jahren 2003 bis 2005 die Portraits folgender Personen abgedruckt:

Franz Müntefering, Wolfgang Thierse, Wolfgang Clement, Heidmarie Wieczorek-Zeul,

Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Edelgard Bulmahn, Manfred Stolpe, Angelica Schwall-Düren, Nicolette Kressl, Michael Müller, Klaus Uwe Benneter, Sigmar Gabriel, Martin Schulz, Peer Steinbrück, Hannelore Kraft, Gesine Schwan, Hans-Jürgen Wischnewski und Hans-Jochen Vogel.

Zuletzt sind erschienen: **Uli Kelber, Elke Ferner, Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Günter Verheugen, Joachim Poß, Hannelore Kraft und Dr. Peter Struck.**

→ Die Sonderausgabe mit Portraits aus den Jahren 2003 bis 2005 kann auf unserer Homepage abgerufen werden: www.martin-doermann.de (unter „Texte“)

**Vorgestellt: Hubertus Heil, MdB,
Generalsekretär der SPD**

Biografie

Geboren am 3. November 1972 in Hildesheim evangelisch; verheiratet

Beruflicher Werdegang

1992 Abitur am Gymnasium am Silberkamp Peine anschließend Zivildienst beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Peine

1995 Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Potsdam und der Fernuniversität Hagen

1994-1998 Mitarbeiter im Landtag Brandenburg

1995-1997 Geschäftsführer der AfA Brandenburg

1998 Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten

Politischer Werdegang

Mitglied der SPD seit 1988

1991-1995 Juso-Vorsitzender im SPD-Bezirk Braunschweig

Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Peine

stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Peine und des SPD-Bezirks Braunschweig

seit 1998 Mitglied des Bundestages

seit November 2005 Generalsekretär der SPD



10 persönliche Fragen an Hubertus Heil

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Egon Bahr



2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Hillary Clinton



3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Toskana



4. Ihre Leidenschaften?

Politik und Geschichte

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Möglichst sagen, was man tut und tun, was man sagt!

6. Ihr Lieblingsfilm?

Citizen Kane



7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblings Sänger?

U2, Rio Reiser



8. Wen oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

Meine Frau, jede Menge Bücher



9. Ihre Lieblingsbücher?

Die Buddenbrooks



10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Das Weltbild der CSU

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2007

Sitzungswochen sind die: 3., 5., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 25., 27., 37., 38., 41., 43., 45., 46., 48. und 50. Woche. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**. Daneben ist er als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur** (Regulierungsbehörde).

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort u.a. Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Homepage www.martin-doermann.de

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine Homepage.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Unter den Linden 50, Raum 5003

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiter: Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327

51143 Köln (Porz)

Telefon: 02203 / 52144

Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiter:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212

51103 Köln (Kalk)

Telefon: 0221 / 8704302

Mitarbeiter: Ralf Steinmeier

(Webmaster Homepage)

eMail:

newsmail@netcologne.de

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46

50667 Köln (Innenstadt)

Tel. 0221 / 925981-17

Fax 0221 / 925981-50

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

renate.dinkelbach.nrw@spd.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber:

Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe:

Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de.

